

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 17. September 2007

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung
am 17. September 2007 beschlossen:

Kinder stärken. Eine moderne Kinderpolitik für Deutschlands Zukunft!

Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und die Nutzung ihrer schöpferischen Potenziale hängen von einer bewusst gestalteten Politik für junge Generationen ab. Materielle und immaterielle Ressourcen der Generationen müssen dabei berücksichtigt und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen beachtet werden.

Kinderpolitik ist ein eigenständiger Bereich der Politik und nicht nur ein Anhängsel der Familienpolitik. Kinder- und Jugendpolitik berührt die Aufgabenbereiche verschiedenster Entscheidungsgremien auf regionaler, überregionaler und internationaler Ebene und ist eine Querschnittsaufgabe der Politik. Wir müssen uns bei allen Entscheidungen fragen, welche Wirkungen sie für die jungen Menschen von heute und morgen haben. Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Teil der Gegenwart und sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Es ist daher im ureigensten Interesse des Staates, kinderfreundliche Strukturen zu schaffen und zu fördern sowie den Bedürfnissen der Kinder in allen Lebensbereichen besondere Bedeutung und Beachtung beizumessen. Mehr und mehr begreifen Politik und Gesellschaft, dass Kinder keine kleinen Erwachsenen sind. Sie haben neben den grundlegenden Menschenrechten ureigenste Bedürfnisse, Interessen, Rechte und Pflichten und bedürfen einer besonderen Förderung, um sich zu einer eigenständigen Persönlichkeit zu entwickeln.

1. Die Rechte und Interessen von Kindern stärken.

Familien sind in den ersten Lebensjahren der zentrale Ort der Vermittlung von Wärme, Geborgenheit, Bildung und Erziehung. Die Wurzeln für die spätere Entwicklung von Kindern und Jugendlichen werden in der Kindheit gelegt. Stabile Bindungen in den ersten Lebensjahren stärken die spätere Entwicklung des Kindes. Kinder brauchen für ihre gesunde Entwicklung Bindungspersonen, die für ihre Bedürfnisse verfügbar sind. Die sichere Bindung zu spezifischen Bindungspersonen ist das beste Fundament für eine gesunde motorische, kognitive und emotionale Entwicklung von Kindern. Kinder mit sicheren Bindungen sind kreativer, aufmerksamer und flexibler, haben eine bessere Ausdauer und verfügen über bessere Gedächtnisleistungen und Sprachentwicklungen. Sie sind in der Lage, sich in Notsituationen Hilfe zu holen, haben mehr freundschaftliche Beziehungen und verfügen über ein ausgeprägtes und differenziertes Bewältigungsverhalten. Sowohl im Bereich der Bindungsforschung als auch im Bereich von Bildung, Betreuung und Erziehung bestehen in der Bundesrepublik Deutschland noch immer

Erkenntnis- und Umsetzungsdefizite. Die Forschung in diesen Bereichen muss deshalb vorangetrieben werden.

Das Grundgesetz berechtigt und verpflichtet vorrangig Mütter und Väter für die Kinder zu sorgen, doch legt es zugleich dem Staat auf, über die Ausübung von Elternrecht und Elternpflicht zu wachen. Denn Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Bildung, Erziehung und Betreuung. Durch die Aufnahme in das Grundgesetz könnten Kinderrechte gestärkt werden und den Stellenwert erfahren, der ihnen gebührt. Kinderrechte und die Bedürfnisse der jungen Menschen müssen an Gewicht und Bedeutung gewinnen. Das allgemeine Bewusstsein für die Hochwertigkeit dieser Rechte in der gesamten Gesellschaft muss sensibilisiert werden. Die Beachtung von Kinderrechten könnte dazu führen, dass in allen Bereichen – insbesondere bei Schutz-, Förder- und Partizipationsrechten – kindgerechte Lebensverhältnisse geschaffen werden. Denn Kinder müssen und sollen ernst genommen werden.

Nicht sinnvoll ist dagegen, ein so genanntes Kinderwahlrecht einzuführen, da es in Wirklichkeit ein zusätzliches Elternwahlrecht ist. Die Partizipation des Kindes wird dadurch nicht gestärkt. Eine zusätzliche Stimme pro Kind für Eltern würde von den Eltern nicht zwingend im Interesse oder der Meinung des Kindes wahrgenommen, sondern nach ihren eigenen politischen Vorstellungen.

Die FDP spricht sich gegen eine Absenkung des Wahlalters auf Bundesebene aus. Die bessere Alternative sind Partizipationsmöglichkeiten gerade auf kommunaler Ebene, in Jugendgemeinderäten oder auch in Parteien, Verbänden und politischen Jugendorganisationen. Dies muss von einer besseren politischen Bildung begleitet werden.

Staat und Gesellschaft müssen alles tun, um die Lebensfähigkeit und die Erziehungskraft der Eltern zu stärken. Es gilt, Familie und Beruf zu vereinbaren, partnerschaftlich zusammenzuarbeiten, flexibel und mobil zu sein. Hinzu kommen besondere Notlagen wie Arbeitslosigkeit oder Armut durch ein geringes Einkommen und Überschuldung. Gerade in schwierigen Situationen brauchen Eltern Hilfe, damit sie ihren Kindern trotz allem ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit geben können. Zur Stärkung der Erziehungs-, Bildungs- und Elternkompetenz muss daher ein besonderer Fokus auf Familienberatung auch im Rahmen der aufsuchenden Hilfe gelegt und ein umfassendes Erwachsenenbildungskonzept erarbeitet werden. Elternbildung soll Vätern und Müttern helfen, mit Belastungen und Krisen innerhalb der Familie umgehen zu können. Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind exponierte Orte für die Bewerbung und Ausübung derartiger Bildungsangebote, denn hier treffen Eltern auf Eltern und Kinder auf Kinder. Eltern und Kinder können so auf Angebote aufmerksam gemacht werden.

2. Eine generationengerechte Politik für unsere Kinder.

Politische Entscheidungen richten sich zu häufig an der Gegenwart aus und vernachlässigen dabei die Zukunft. Das auftretende Konfliktpotenzial der demografischen Entwicklung darf nicht zu einer offenen Gegenüberstellung der Interessen der jüngeren und der älteren Generation führen. Die Gestaltungsspielräume der heutigen und der künftigen Generationen müssen in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen. Der Staat ist aufgefordert, in seinem Handeln auch die Interessen der künftigen Generationen zu schützen. Das Konzept der Generationengerechtigkeit verknüpft als Teil des Nachhaltigkeitskonzeptes die Bedürfnisse der heutigen Generationen mit den Lebenschancen künftiger Generationen. Die FDP spricht sich deshalb für die Aufnahme eines Staatszieles, die Interessen nachrückender Generationen zu achten, in das GG aus. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind zentrale Herausforderungen für unsere Gesellschaft, für Jung und Alt.

3. Eine Familienpolitik im Interesse der Kinder.

Ehe und Familie sind tragende Verantwortungsgemeinschaften in der Bürgergesellschaft, die zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen. Familie ist dort, wo Kinder sind. Dabei darf kein Lebensentwurf gegenüber einem anderen stigmatisiert werden. Denn für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.

Die Familie bedarf der besonderen Förderung, um bisherige Benachteiligungen auszuräumen. Familienpolitische Leistungen sind eine Investition in unsere Zukunft. Die Liberalen bekennen sich daher klar zu einer Familienpolitik, welche die Eltern unterstützt und fördert und so der jüngeren Generation eine chancenreiche Zukunft ermöglicht. Eine effektive Familienpolitik braucht einen fairen Ausgleich für die zusätzlichen finanziellen Belastungen der Familien. Die FDP spricht sich für eine Überprüfung und eine Zusammenfassung aller familienpolitischen Leistungen in einer Familienkasse aus und fordert ein Gesamtkonzept für eine umfassende Familienförderung, die insbesondere die Existenzsicherung der Kinder und die Förderung von kinderreichen Familien berücksichtigt. Mit dem Bürgergeldkonzept und ihrem Einkommenssteuermodell, mit einer entsprechenden Berücksichtigung der Kinder, hat die FDP ein solches vorgelegt. Die Maßnahmen der Familienpolitik sind am Kindeswohl auszurichten. Ihre Wirksamkeit ist regelmäßig zu prüfen.

4. Eine kindorientierte Sozial- und Gesundheitspolitik für Kinder.

Familien mit Kindern sind das Rückgrat und die Mitte unserer Gesellschaft. Sie stärken den Zusammenhalt der Generationen gerade in Zeiten größerer Veränderungen.. Will man die Kinder wirklich ernst nehmen, muss Sozialpolitik Politik für und mit Kindern sein.

Eine effektive Familienpolitik schenkt Familien in schwierigen wirtschaftlichen Notlagen eine besondere Beachtung. Kinder- und Familienarmut ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Die Armut betrifft dabei nicht nur das eigentliche Einkommen, sondern stellt eine Benachteiligung in allen zentralen Lebensbereichen wie beispielsweise Bildung, Wohnen, Gesundheit und Ernährung dar. Rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche leben auf Sozialhilfeniveau. Sozial benachteiligte Kinder bedürfen einer gezielten Unterstützung und Förderung, unabhängig von der Familienstruktur und der Erwerbsbiografie ihrer Eltern. In den Städten konzentriert sich Kinderarmut meist in ganz bestimmten Stadtteilen, in so genannten „sozialen Brennpunkten“. Diese räumliche und soziale Ausgrenzung muss durchbrochen werden.

Eltern sind für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Sie haben die Aufgabe, die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Kinder zu fördern. Dafür benötigen sie hohe soziale, psychische und kommunikative Kompetenzen. Es gibt jedoch Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder aus den verschiedensten Gründen überfordert sind und der Verantwortung gegenüber ihren Kindern nicht gerecht werden können. Deshalb müssen der Staat und die Gesellschaft alles tun, um präventiv die Lebenskraft und Erziehungsfähigkeit der Eltern zu stärken. Denn Interventionsmaßnahmen greifen erst dann, wenn bereits Handlungsbedarf besteht, wenn es also bereits zu Problemen gekommen ist.

Eine vorsorgende Sozial- und Gesundheitspolitik für Kinder setzt schon bei den Eltern an. Mit der Schwangerschaftsvorsorge, den Vorsorgeuntersuchungen, Schutzimpfungen und dem Wissen über ausreichende, ausgewogene Ernährung und mit notwendiger Bewegung ist bereits ein breites Netz an Fürsorge gegeben. Wichtig ist, dass eine Isolation überforderter Fa-

milien verhindert wird. Früherkennungs- bzw. Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen werden nur noch begrenzt wahrgenommen. Der Staat muss daher durch fachkundige Unterstützung der Eltern mit Hilfe von Ärztinnen und Ärzten, Psychologinnen und Psychologen, durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, und durch Konzept abgestimmter, aufsuchender Familienhilfe. Besondere Bedeutung können Familienhebammen zur Prävention und Gesundheitsförderung des Kindes übernehmen. Es muss aber auch nach neuen Wegen gesucht werden, etwa durch private oder betriebliche Initiativen, durch Nachbarschaftshilfe, durch Stiftungen, Fördervereine oder Selbsthilfegruppen

Sozial- und Gesundheitsprobleme in der Kindesentwicklung hängen eng zusammen; im Sinne des Kindeswohls muss möglichst früh festgestellt werden können, welche gesundheitlichen Beeinträchtigungen Kinder aufweisen und welchen psychosozialen Belastungen sie ausgesetzt sind.

Die FDP strebt deshalb die Verbindlichkeit der so genannten U-Untersuchungen für Kinder an und spricht sich dafür aus, die zeitlichen Lücken der Vorsorgeuntersuchungen zu vermindern. Um Kindeswohlgefährdungen besser zu erkennen, müssen psychosoziale Risikofamilien auf kommunaler Ebene bereits vorgeburtliche Hilfe angeboten bekommen und nach der Geburt engmaschig betreut werden. Im Verdachtsfall der Kindeswohlgefährdung muss die familiäre Situation von Kindern durch die Mitarbeiter in Jugendämtern durch multiprofessionelles Agieren sichergestellt werden. Die Liberalen sprechen sich dabei für mehr Kinderschutz aus, der sich auch in entsprechenden Verwaltungsstrukturen und öffentlichen Mitteln niederschlagen muss.

5. Eine bewusste Freizeit- und Medienpolitik für Kinder.

Die Freizeitgestaltung der Kinder unterliegt einer zunehmenden Kommerzialisierung. Sozial schwächere Familien sind damit finanziell meist überfordert und unterliegen einer weiteren Ausgrenzung und Stigmatisierung innerhalb der Gesellschaft. Es muss deshalb Aufgabe der Kommunen und Gemeinden sein, sich um eine ausreichende Kinder- und Jugendarbeit zu kümmern. Dazu gehören auch kind- und jugendorientierte Beratungs- und Betreuungsangebote. Die Freizeitangebote sollten zusammen mit den Kindern entsprechend ihres Alters entwickelt werden können und allen Kindern zugänglich sein. Kinder benötigen dafür mehr Räume, die sie nach eigenen Bedürfnissen gestalten können. Je attraktiver und vielseitiger die Angebote sind, desto besser für die Kinder.

Wir leben in einer Mediengesellschaft. Täglich beeinflussen uns Fernsehen, Handy und Computer. Junge Menschen sollen auf der einen Seite die Vorteile der IT-Medien kennen- und nutzen lernen. Auf der anderen Seite müssen sie aber auch ihre Grenzen einschätzen können. Dabei kommt Kindern, Jugendlichen, Eltern, Erziehern und Lehrern im Umgang mit Medien jeweils eine ganz eigene Verantwortung zu. Kinder und Jugendliche müssen den richtigen Umgang mit Medien spielend lernen. Aufgabe der Eltern und Erzieher ist es, den jungen Menschen dabei helfend zur Seite zu stehen. Die Gewohnheit, der Umgang und das Nutzungsverhalten mit Medien werden in der Familie und dem sozialen Umfeld geprägt. Kinder dürfen mit den Medien nicht allein gelassen werden, sondern benötigen Anleitungen während der Medienbenutzung. Eltern und Erzieher müssen sich deshalb verstärkt um die Medienkompetenz der Kinder kümmern, und damit auch um ihre eigene.

Diese Forderung gilt auch für Computerspiele, die heute selbstverständlicher Teil der Freizeit vieler Kinder und Jugendliche sind.

Ein Verbot von konkreten Computerspielen auszusprechen, die frei im Handel verfügbar sind, obliegt der Verantwortung der Erziehenden. Ein Verbot von staatlicher Seite zu verfügen, ist eine Maßnahme, die sehr tief in verschiedene Grundfreiheiten eingreift. Der deutsche Jugendschutz ist bereits jetzt einer der besten weltweit. Die FDP spricht sich daher gegen ein grundsätzliches Verbot von so genannten Killerspielen aus.

6. Eine echte Wahlfreiheit und eine bessere Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder.

Eine liberale Gesellschaft setzt familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen durch eine familienfreundliche und Infrastruktur sowie eine familiengerechte Arbeitswelt, die eine Entscheidung für Kinder durch eine echte Wahlfreiheit ermöglicht. Grundsätze liberaler Familienpolitik sind die Wahlfreiheit der Menschen, mehr Freiraum für die persönliche Lebensgestaltung, mehr Eigeninitiative und eine Vielfalt bei der Art der Kinderbetreuung, sowie Trägervielfalt. Eltern haben die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder. Sie sollen im Sinne einer Wahlfreiheit frei entscheiden können, in wie weit sie ihr Kind zu Hause selbst betreuen oder ein Angebot der Kinderbetreuung in Anspruch nehmen möchten. Sie dürfen keiner Stigmatisierung unterliegen, egal ob sie ihre Kinder zu Hause betreuen oder in einer Kinderbetreuungseinrichtung betreuen lassen. Kinder und junge Menschen müssen von Anfang an und vor allem dann gefördert werden, wenn sie es nötig haben, denn wir haben für Kinder eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Eine Wahlfreiheit der Eltern setzt allerdings voraus, dass verschiedenste Formen der Tagesbetreuung auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Kinder, Väter und Mütter benötigen ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochwertiges und möglichst arbeitszeitkompatibles Betreuungsangebot ab Ende des Mutterschutzes (8 Wochen nach der Geburt).

Kinder brauchen die Anerkennung und Förderung ihrer Fähigkeiten. Starke Kinder werden dann zu starken Schülern und Jugendlichen, wenn ihre Talente früh erkannt und gefördert werden, und wenn die Förderung kontinuierlich am Kind orientiert und unabhängig von der jeweiligen Einrichtung erfolgt.

Die FDP fordert daher den sofortigen und schnellen bedarfsgerechten Ausbau von qualitativ hochwertigen Angeboten der Kinderbetreuung insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Ziel der Liberalen ist es, das Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren bereits zum 31.12.2008 auf insgesamt 500.000 Plätze auszuweiten und das mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) gesetzte Ziel der Schaffung von 230.000 zusätzlichen Plätzen bereits Ende 2008 und nicht erst 2010 zu erreichen. Darüber hinaus soll nach Auffassung der FDP ab 1.1.2009 das Angebot der Kindertagesbetreuung für die Kinder unter drei Jahren möglichst kurzfristig auf bis zu 750.000 erweitert werden. Um den weiteren Finanzierungsbedarf der Kommunen zu decken, soll eine Korrektur beim Umsatzsteueraufkommen erfolgen. Der bisherige Anteil der Gemeinden nach Vorwegabzug des Bundesanteils an der Umsatzsteuer soll von 2,2 auf 3,2 Prozent erhöht werden, dies entspricht einem Finanzierungsvolumen von rund 1,5 Mrd. Euro. Mit einer Revisionsklausel und Darlegungspflicht für die Kommunen und einer Befristung auf fünf Jahre soll sichergestellt werden, dass die Kommunen nicht am Bedarf vorbei Finanzmittel erhalten.

Ein zügigerer Ausbau der Kindertagesbetreuung und eine Reduzierung der Kosten der Öffentlichen Hand können auch erreicht werden, wenn private Initiativen wie Elterngruppen, privat gewerbliche Initiativen und Betriebe tätig werden und die verschiedensten Angebote auch durch Tagesmütter vernetzt und dadurch flexible Angebote geschaffen werden. Hierbei sollten alle Vergünstigungen gelten, die für Existenzgründer bereits heute gelten, z.B. Investitionszulagen oder günstige Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Einrichtung von Betriebskindergärten ist durch flexible und vereinfachte Verfahren zu beschleunigen. Sie müssen im Rahmen eines Gutscheinsystems öffentlichen Kindergärten gleichgestellt werden.

Betriebskindergärten entlasten öffentliche Einrichtungen und die Kommunen. Unbedingt abzubauen sind auch die rechtlichen Hemmnisse im Baurecht, die häufig sehr kostenträchtig und daher nicht finanzierbar sind. Eine intensivere Kooperation mit Vereinen und Verbänden sollte mit einer Erweiterung des Angebotsspektrums im Freizeitbereich einhergehen. Die FDP spricht sich für einen Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung aus, d.h. gefördert wird nicht die Einrichtung, sondern die Kinder. Der dadurch in Gang gesetzte Wettbewerb zwischen den Einrichtungen, kann zu einer Verbesserung der Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote in der Breite führen. Dort, wo auf Grund der demographischen und strukturellen Entwicklung diese Konkurrenz nicht möglich ist, sind andere Instrumente zur Sicherung der Qualität jedoch unumgänglich. Die Subjektförderung kann in Form eines Betreuungs-Gutscheines erfolgen. Gleichzeitig muss aber eine Transparenz der Qualität der Einrichtungen hergestellt werden.

Professionelle Kinderbetreuung hat einen nach unserer Auffassung doppelten Nutzen: einerseits dienen sie als Unterstützung vor allem für sozial schwache und wirtschaftlich benachteiligte Kinder und Familien, sie haben familienergänzende Funktion, wo es an Geschwisterkindern angesichts des zunehmenden Rückgangs der Mehrkindfamilien fehlt. Kinder erfahren im Rahmen der Kinderbetreuung eine Erweiterung ihres sozialen und räumlichen Kontaktbereiches, sie können betreut und gefördert und gefordert werden. Andererseits wird es den Eltern ermöglicht, andere Aufgaben zu erfüllen. Soziale Gefährdungen lassen sich kompensieren, weil ein Angebot für die Kinder in Form gesunder Nahrung, systematischer Förderung und eine Freizeitgestaltung möglich sind.

Im Sinne der Chancengleichheit muss mittelfristig frühkindliche Bildung kostenfrei sein. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass gerade da, wo Bildung am effektivsten einsetzt und den größten gesellschaftlichen Nutzen erzeugt, Eltern zur Kasse gebeten werden. Frühestmögliche individuelle Förderung von Kindern zahlt sich später tausendfach aus. Studien haben gezeigt, dass je nach Qualität der Betreuung Entwicklungsunterschiede von bis zu einem Jahr, und zwar unabhängig von der sozialen Herkunft des Kindes zu beobachten sind. Kinder, die schon früh gefördert und unterstützt werden, sind erfolgreicher in der Schule, sie haben später bessere Jobs und sind seltener kriminell, sie verfügen über einen größeren Sprachschatz und zeigen ein positiveres Sozialverhalten.

Die Qualität der Kinderbetreuung darf daher nicht zweitrangig sein. Bis heute ist Deutschland weit vom internationalen Niveau der praktischen Umsetzung frühkindlicher Pädagogik entfernt. Dabei bedürfen insbesondere Krippenkinder einer ganz besonderen Betreuung. Die FDP setzt sich daher für verbindliche pädagogische Standards, eine Anhebung des Niveaus der Erzieherausbildung und regelmäßige externe Evaluierungen der Kinderkrippen ein.